VG Ansbach

Urteil vom 6.2.2008

Tenor

Die Klage wird abgewiesen.

Der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens. Gerichtskosten werden nicht erhoben.

Tatbestand

Der Kläger suchte am ... 1991 beim Landratsamt ... erstmals um politisches Asyl nach. Hierbei gab er an, er sei 1961 in ... in Liberia geboren und liberianischer Staatsangehöriger vom Stamm der Kongo. Ausgereist sei er am ... 1991 mit dem Schiff. Am ... 1991 sei er zu Fuß in das Bundesgebiet gekommen. Am 20. Juli 1991 bis 7. September 1991 habe er sich in Rumänien aufgehalten. Nach Rumänien sei er von Liberia aus mit dem Schiff gelangt. Zu den Gründen für die Ausreise gab er an, in Liberia herrsche Bürgerkrieg. Ihr Haus sei zerstört, seine Familie zerstreut. Er wisse nicht, wo sie seien. Er habe keinen Platz, wo er in Liberia bleiben könne. Den Bürgerkrieg selbst habe er nicht mitbekommen. Er sei nicht Mitglied einer politischen Partei.

In der Anhörung vom 16. Januar 1995 beim Bundesamt gab der Kläger an, Liberia habe er letztmals am ... 1991 verlassen. Durch den Busch sei er nach ... gekommen. Am ... 1991 sei er in Deutschland angekommen. Von ... aus sei er zunächst mit dem Schiff nach ... gefahren. In Rumänien sei er zwei Monate geblieben und von dort aus mit dem Zug nach Deutschland gekommen. Er habe weder Pass noch Personalausweis bei sich. Wegen des Bürgerkriegs habe er seine Heimat verlassen. Persönlich sei ihm nichts passiert. Sonst habe er keine Probleme in Liberia gehabt. Er habe dem nichts hinzuzufügen.

Mit Bescheid vom 28. März 1995 lehnte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge den Antrag des Klägers auf Anerkennung als Asylberechtigter als offensichtlich unbegründet ab und stellte fest, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG offensichtlich nicht vorliegen. Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG bestünden nicht. Weiter forderte es den Kläger unter Fristsetzung zur Ausreise auf und drohte ihm für den Fall der nicht fristgerechten Ausreise die Abschiebung nach Liberia an.

Die hiergegen erhobene Klage wies das Verwaltungsgericht Ansbach mit Urteil vom 27. November 1996 ab, weil die Klagefrist nicht eingehalten wurde.

Am ... 2002 stellte der Kläger einen Asylfolgeantrag. Unter Begründung auf einen beigelegten Artikel aus der TAZ vom 15. Mai 2002 führte er aus, eine Rückkehr nach Liberia sei ihm in absehbarer Zeit nicht zuzumuten. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, dass die Rebellenbewegung LURD siegreich gegen den derzeitigen Präsidenten in Liberia kämpfe. Hunderttausende von Menschen seien im ganzen Land auf der Flucht.

Mit Bescheid vom 22. Oktober 2002 lehnte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge den Antrag auf Durchführung eines weiteren Asylverfahrens und den Antrag auf Abänderung des Bescheids vom 28. März 1995 bezüglich der Feststellung zu § 53 AuslG ab. Weiter forderte es den Kläger unter Fristsetzung zur Ausreise auf und drohte für den Fall der nicht fristgerechten Ausreise die Abschiebung nach Liberia an.

Die hiergegen am 4. November 2002 erhobene Klage hatte insoweit Erfolg, als die Beklagte mit Urteil des Gerichts vom 13. August 2003 (AN 15 K 02.32460) zur Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG verpflichtet wurde. Es bestehe kein Anspruch auf Wiederaufgreifen im Hinblick auf ein neues Asylverfahren, weil die aus den vorgelegten Quellen ersichtliche Bürgerkriegssituation nur dann eine politische Verfolgung beinhalten könne, wenn die staatlichen Kräfte den Kampf in einer Weise führten, die auf die physische Vernichtung von auf der Gegenseite stehenden oder ihr zugerechneten und nach asylerblichen Merkmalen bestimmten Personen gerichtet sei, obwohl diese keinen Widerstand mehr leisten wollten oder könnten oder an dem militärischen Geschehen nicht oder nicht mehr beteiligt seien oder wenn die Handlungen der staatlichen Kräfte in die gezielte physische Vernichtung oder Zerstörung der ethnischen, kulturellen oder religiösen Identität des gesamten aufständischen Bevölkerungsteils umschlagen würden. Insoweit fehle es an jeglichen Ausführungen im Folgeantrag. Derselbe gelte auch für den Gesichtspunkt neuer Beweismittel. Es liege auch kein schlüssiger und substantiierter Vortrag zu Abschiebungshindernissen vor, die einen Anspruch auf Wiederaufgreifen begründen würden. Es bestehe im Hinblick auf § 51 Abs. 5 VwVfG i. V. m. §§ 48, 49 VwVfG keine Ermessensreduzierung auf Null, soweit es um Abschiebungshindernisse nach § 51 Abs. 1, 2 und 4 AuslG gehe. Im Hinblick auf § 53 Abs. 4 AuslG i. V. m. Art. 3 EMRK seien die Voraussetzungen nicht gegeben, weil in überschaubarer Zukunft nicht die Gefahr bestehe, dass der Kläger über die allgemeinen Folgen des Bürgerkriegs hinaus mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit gezielt staatlichen Maßnahmen oder solchen einer staatsähnlichen Herrschaftsmacht ausgesetzt werde. Eine Ermessensreduzierung auf Null im Hinblick auf ein Eintreten in eine erneute Sachbehandlung ergebe sich aber wegen eines Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG. Insoweit sei die Aufrechterhaltung der Ablehnung, ein erneutes Verfahren durchzuführen, wegen der erheblichen Gefahr für Leib und Leben des Klägers in Liberia als maßgeblichem Zielstaat schlechthin unerträglich im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, weil der Kläger andernfalls einer extremen Gefahrensituation im Sinne der Rechtsprechung zu § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG ausgesetzt wäre. Die weiter fortgesetzten Auseinandersetzungen in Liberia umfassten nicht nur brutalen Kampf mit zunehmenden zivilen Opfern, sondern ermöglichten es sowohl den verschiedenen bewaffneten Kräften der Regierung als auch den Rebellen, in breitem Umfang Menschenrechtsverletzungen zu begehen. Summarische Exekutionen, Entführungen, Zwangsarbeit, Zwangsrekrutierung und Fronteinsatz von Kindersoldaten, Vergewaltigungen und willkürliche Verhaftungen seien auf beiden Seiten weit verbreitet. Rund 200.000 Menschen seien bei den Kämpfen zwischen Regierung und Rebellen ums Leben gekommen, bei einer Bevölkerung

Liberias vor dem Krieg von etwa 3,2 Millionen Einwohnern bzw. von derzeit knapp 3 Millionen. Infolge der sich in den letzten Monaten intensivierenden Kämpfe sei es landesweit zur Vertreibung großer Teile der Bevölkerung, die teilweise bereits als intern Vertriebene in Lagern in einem Gürtel um Monrovia lebten, gekommen. Mehr als 200.000 Menschen im Umkreis von Monrovia seien durch die Kämpfe gezwungen worden, ihre Behausungen zu verlassen und lebten zum erheblichen Teil unter unerträglichen sanitären Bedingungen. Es gebe bereits Todesopfer auf Grund Cholera und Diarrhöe. Insgesamt suchten etwa 300.000 Menschen Zuflucht in der Innenstadt. Wegen des seit langem nur noch sehr begrenzten Zugangs zu den schätzungsweise 400.000 Hilfsbedürftigen außerhalb des Großraums Monrovia und zuletzt auch wegen der notwendig gewordenen Evakuierung des Personals könnten humanitäre Hilfsorganisationen ihre Aufgabe, die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigsten, nicht mehr bewältigen. Staatliche Behörden wiederum seien genauso wie die Rebellen nicht in der Lage, den Menschen unter ihrer Kontrolle die notwendige materielle Unterstützung zukommen zu lassen. Im Gegenteil beteiligten sich alle Konfliktparteien an den zahlreichen Plünderungen, von denen auch die Krankenhäuser nicht ausgenommen seien.

Mit Bescheid vom 25. November 2003 stellte daraufhin das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge fest, dass Abschiebungshindernisse nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG hinsichtlich Liberias beim Kläger vorliegen.

Nach dem Aktenvermerk der Beklagten vom 1. August 2006 soll der Kläger überhaupt nicht die liberianische Staatsangehörigkeit besitzen. Es sei daher nicht nachvollziehbar, wie die Entscheidung des Bundesamts vom 22. Oktober 2002 mit diesem Inhalt zustande gekommen sei. In der Folge sei diese unzutreffende Linie vom Gericht fortgesetzt worden. Es müsse nun ein rechtlich einwandfreier und zudem gangbarer Weg gefunden werden. Somit solle zunächst „das eigentlich zu Unrecht zuerkannte“ Abschiebungshindernis widerrufen werden.

Nach der Stellungnahme des Bundesamts in Nürnberg zu diesem Aktenvermerk sei laut Akteninhalt lediglich zu „vermuten“, dass der Kläger tatsächlich nicht aus Liberia komme. Die Ausländerbehörde sehe keine Möglichkeit mehr, den Nachweis über das tatsächliche Herkunftsland (unter Umständen Ghana) zu erbringen.

Mit Schreiben vom 8. November 2006 teilte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dem Kläger mit, es sei ein Widerrufsverfahren eingeleitet worden, weil sich die Verhältnisse in Liberia zwischenzeitlich geändert hätten. Es sei beabsichtigt, den Abschiebungsschutz zu widerrufen. Innerhalb der Anhörungsfrist äußerte sich der Kläger nicht.

Mit Bescheid vom 14. März 2007 widerrief das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die mit Bescheid vom 25. November 2003 getroffene Feststellung, dass ein Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 6 AuslG vorliege. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, bei den heutigen Gefahren in Liberia handle es sich um allgemeine Gefahren im Sinne der Rechtsprechung. Die angespannte Situation betreffe alle dort lebenden Liberianer. Die Annahme, dass gerade der Kläger einer individuell-konkreten Gefahrenlage ausgesetzt sei, sei nicht gerechtfertigt. Er gerate im Falle einer Rückkehr nach Liberia nicht in eine ausweglose Lage oder würde gleichsam sehenden Auges dem sicheren Tod oder einer „Schwerstverletzung“ ausgeliefert werden. Der Bürgerkrieg in Liberia sei beendet.

Im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Verbesserung der Versorgungs- und Sicherheitslage in Monrovia und Umgebung sei eine landesweite extreme Gefahrenlage nicht mehr gegeben.

Mit der fristgerecht am 30. März 2007 erhobenen Klage stellt der Kläger den Antrag,

den Bescheid der Beklagten vom 14. März 2007 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Im Übrigen wird auf die Gerichtsakte, insbesondere die Sitzungsniederschrift und die beigezogenen Behördenakten der Beklagten (3 Aktenheftungen) Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

I.

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist zunächst, ob die Beklagte zutreffend das Vorliegen eines Abschiebungshindernisses nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG aufgrund zwischenzeitlich eingetretener Veränderungen verneint hat und deshalb die frühere diesbezügliche Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach der bis 31. Dezember 2004 geltenden Bestimmung des § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG, die ab 1. Januar 2005 von der Regelung des § 60 Abs. 7 AufenthG ersetzt wurde, widerrufen durfte.

Die Entscheidung, dass ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 vorliegt, ist nach § 73 Abs. 3 AsylVfG zurückzunehmen, wenn sie fehlerhaft ist und zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Zutreffend ist die Beklagte davon ausgegangen, dass hier der Widerruf, nicht aber die Rücknahme in Betracht kommt. Wegen der Rechtskraft des Verpflichtungsurteils könnte die Beklagte nicht geltend machen, sie sei zu einer Feststellung eines Abschiebungshindernisses nicht verpflichtet gewesen. Die Rechtskraftwirkung besteht auch unabhängig davon, ob das rechtskräftige Urteil die seinerzeit bestehende Sach- und Rechtslage erschöpfend und zutreffend gewürdigt hat oder nicht (vgl. BVerwG Urteil vom 24.11.1998 NVwZ 1999, 302; Urteil vom 18.9.2001 DVBl 2002, 343, 344).

Maßgeblich für die gerichtliche Überprüfung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG sind, wie schon bei der Vorgängervorschrift des § 53 AuslG, die in einer Abschiebungsandrohung genannten Zielstaaten (BVerwG Urteil vom 4.12.2001 InfAuslR 2002, 284 und Urteil vom 15.4.1997 InfAuslR 1997, 420), weil sich eine – teilweise – Rechtswidrigkeit der Abschiebungsandrohung nach § 59 Abs. 3 Satz 3 AufenthG nur daraus ergeben kann, dass sie sich auf einen ausdrücklich festgelegten Staat bezieht, in den der Betroffene aber aufgrund eines Abschiebungsverbots nicht abgeschoben werden darf. Im vorliegenden Fall ist in der weiter wirksamen Abschiebungsandrohung

vom 22. Oktober 2002 ausdrücklich Liberia als Zielstaat genannt und die Beklagte hatte ausschließlich (wie schon im Bescheid vom 28.3.1995) Liberia als möglichen Zielstaat geprüft. Hieran hat sich auch im vorliegenden Verfahren nichts geändert. Zielstaat ist daher Liberia, so dass es, wie schon im Verfahren AN 15 K 02. 32460, unerheblich wäre, wenn der Kläger tatsächlich aus einem anderen Staat käme.

Aus formellen Gründen begegnet der Widerruf keinen Bedenken. Die am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Bestimmung des § 73 Abs. 2 a AsylVfG, wonach die Widerrufsvoraussetzungen spätestens nach Ablauf von drei Jahren nach Unanfechtbarkeit der Entscheidung zu prüfen sind, ist zwar bei einem Widerruf nach dem 1. Januar 2005 anwendbar und beginnt mit Inkrafttreten des § 73 Abs. 2 a AsylVfG zu laufen (BVerwG Urteil vom 1.11.2005 DVBl 2006, 511, 516). Ein Verstoß gegen die Frist, die ausschließlich öffentlichen Interessen dient, verletzt aber keine Rechte des betroffenen Ausländers (BVerwG Urteil vom 18.7.2006 InfAuslR 2007, 33).

Die vom Gesetz materiell an einen Widerruf geknüpften Bedingungen, dass nämlich die Voraussetzungen für das ursprünglich bejahte Abschiebungshindernis in Bezug auf das diesem inhaltlich entsprechende Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG nicht mehr vorliegen, sind erfüllt. Die Beklagte hat nicht lediglich, was einen Widerruf nicht rechtfertigen würde, nur die Verfolgungslage nachträglich anders beurteilt, vielmehr haben sich die Verhältnisse nachträglich erheblich und dauerhaft so geändert (vgl. hierzu BVerwG Urteil vom 18.7.2006 InfAuslR 2007, 33, 35 zur insoweit vergleichbaren Situation beim Widerruf nach § 73 Abs. 1 AsylVfG), dass die früher in Liberia bestehende extreme Gefahrensituation für den Kläger entfallen ist.

1. Dem Verpflichtungsurteil zur Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 Satz 2 AuslG lag die nachfolgende Entwicklung zugrunde, die zum maßgebenden Zeitpunkt in dem das Urteil erging (vgl. BVerwG Urteil vom 8.5.2003 NVwZ 2004, 113, 114), nämlich am 13. August 2003, sich zu einer extremen Gefahrensituation für den Kläger zugespitzt hatte:

1980 kam es durch einen Putsch in Liberia zu einer diktatorischen Herrschaft des Militärs unter Samuel Doe. Dieser stützte sich primär auf seinen Stamm, die Krahn, aber auch auf die Mandingo und Teile der Ameriko-Liberianer. Vornehmlich wegen brutaler Übergriffe der Sicherheitskräfte, und wegen des Konflikts der an die Macht gekommenen Eliten mit den Eliten der im unterdrückten Nimba County beheimateten Stämmen der Mano und Gio flammte im Dezember 1989 in Liberia ein langjähriger Bürgerkrieg auf, als die vom früheren Präsidenten Charles Taylor gegründete NPFL von der Elfenbeinküste aus mit ihrer Invasion in Liberia begann. Im Verlauf des Bürgerkriegs, der im September 1990 zur Ermordung Does führte, kamen bis Ende 1994 150- bis 200 000 Menschen ums Leben. Der größte Teil der überlebenden Bevölkerung wurde durch Kampfhandlungen zur Flucht gezwungen. Trotz Interimsregierungen, die von der Eingreiftruppe der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS), der ECOMOG, geschützt wurden, lösten sich die staatlichen Strukturen weitgehend auf. Seit 1992/93 zerfiel Liberia bei zunehmender Zahl der Kriegsparteien faktisch in Parzellen verschiedener „Warlords“, deren Einflussgebiete kriegsbedingt erheblichen Veränderungen unterlagen und in denen Willkür und Gewalt dominierten (vgl. zu allem Institut für Afrika-Kunde vom 26.1.1995).

Am 17. August 1996 fand in Abuja eine (zweite) Friedenskonferenz statt, in der auf Druck Nigerias die vollständige Demobilisierung der Bürgerkriegsmilizen und freie Wahlen vorgesehen wurden. Im Vorfeld der Wahlen bildeten sich politische Parteien, die demobilisierten Bürgerkriegsmilizen wurden aufgelöst bzw. in Parteien umgewandelt (vgl. die zum Gegenstand des Verfahrens gemachten Stellungnahmen von Amnesty International vom 26.11.1997 sowie den Lagebericht Liberia des Auswärtigen Amtes vom 14.4.1997).

Bei den weitgehend friedlich verlaufenden Wahlen vom 19. Juli 1997 ging als eindeutiger Sieger Charles Taylor und seine National Patriotic Party hervor. Gegen ehemalige Kriegsgegner und Journalisten kam es zu verbalen Attacken Einschüchterungsversuchen und Misshandlungen, die das innenpolitische Klima vergifteten sowie zu Mordfällen mit politischem Hintergrund. Spätestens seit der Vorbereitung der Wahlen gab es zunächst keine Bürgerkriegsgebiete mehr. (vgl. Auswärtiges Amt, Lagebericht Liberia vom 8.5.1998 und Amnesty International vom 2.6.1998).

Die ECOMOG-Truppen zogen im Oktober 1999 ab. Vereinzelt ab 1999 und dann stetig ab Juli 2000 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den liberianischen Streitkräften und einer sich als Liberian United for Reconciliation (LURD) bezeichnenden, vor allem vom Stamm der Mandingo getragenen und von Guinea aus operierenden Rebellengruppe. Diese Kämpfe führten zur wechselseitigen Eroberung und Rückeroberung verschiedener Gebiete im Nordwesten Liberias. Ab November kam es auch von der Elfenbeinküste aus zu Rebellenangriffen. In der Folge dieser Übergriffe an den Grenzen Liberias kam es zu wiederholten Grenzverletzungen durch die Streitkräfte Liberias und Guineas. Der damalige Präsident Taylor hielt die Rebellen für Dissidenten, die von seinen im Ausland befindlichen Gegnern und Führern ehemaliger ihm feindlicher Milizen im früheren Bürgerkrieg unterstützt würden. Der Verdacht richtet sich insbesondere auch gegen Angehörige der Stämme der Krahn und Mandingo. Als Folge dieser Einschätzung kam es zu Haftbefehlen gegen ehemalige Führer früherer Bürgerkriegsmilizen und weitere im Exil befindliche liberianische Politiker, zur Aufstellung von Listen der Dissidenten und zu Verhaftungen von Personen, die als solche eingestuft wurden. Seit Ende 2000 breiteten sich die zunächst auf den Westen Liberias beschränkten Kämpfe zunehmend aus. Im März 2003 erreichte der Konflikt die Außenbezirke von Monrovia. Bereits im Februar 2003 eröffnete sich mit der Bildung einer neuen Rebellengruppe namens Movement for Democracy in Liberia (MODEL), die aus der Elfenbeinküste operierte und vor allem von der Volksgruppe der Krahn getragen wurde, den Regierungstruppen (Armee, Sicherheitsdienst, Division für Spezialoperationen und Milizen) eine neue Front im Osten und Südosten des Landes. Waren Ende April 2003 schätzungsweise 60 v.H. des Landes unter der Kontrolle der beiden Rebellengruppen, waren es Ende Juli bereits 80 v.H. bzw. 12 von 15 Counties (vgl. UNHCR vom 28.7.2003).

Auf internationaler Ebene wurde in Ghana zwischen Regierung und Rebellen unter der Schirmherrschaft der ECOWAS-Staaten im Juni 2003 ein Waffenstillstandsabkommen im Entwurf ausgehandelt, das in der Folge zunächst nicht beachtet und von den Rebellengruppen auch nicht unterzeichnet wurde (UNHCR vom 28.7.2003).

Am 4. August 2003 begann der Einmarsch einer etwa 3200 Mann starken Eingreiftruppe der ECOWAS-Staaten „ECOMIL“ (ECOWAS Mission in Liberia), später UNMIL (United Nations Mission in Liberia). Am 1. August hatte der UN-Sicherheitsrat die Entsendung einer multinationalen

Eingreiftruppe gebilligt (SZ vom 4.8.2003). Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte damalige Präsident ging am 11. August 2003 in das nigerianische Exil. Der als Übergangspräsident bis zur Durchführung von Wahlen im Herbst amtierende bisherige Vizepräsident Blah wurde von den Rebellen abgelehnt und Truppen Taylors schlichen sich nach dessen Ausreise aus Monrovia (SZ vom 11. und 12.8.2003). Die MODEL teilte einen Tag nach der Abreise Taylors mit, dass Regierungstruppen Positionen der Rebellengruppe angriffen (IRIN-News vom 12.8.2003). Auch danach wurde von Kämpfen zwischen beiden Rebellengruppen und der Regierung berichtet (IRIN-News vom 13.8.2003).

Diese Situation anhaltender Kämpfe im ganzen Land, trotz erster Truppen der ECOMIL, die wegen zu geringer Präsenz noch keinen Befriedungseffekt erzielen konnte, verbunden mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Todesfällen in der Zivilbevölkerung durch Kräfte der bisherigen Regierung und der Rebellen sowie die fehlende Versorgung der Bevölkerung (bei akuter Knappheit an Trinkwasser und Lebensmittel und einem Zusammenbruch des Gesundheitswesens) durch die vor Ort nicht funktionsfähigen internationalen Hilfsorganisationen lag dem Verpflichtungsauspruch des Gerichts vom 5. August 2003 und der Annahme einer extremen Gefahrenlage, die einen unmittelbaren Rückgriff auf § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG erforderte, zugrunde.

2. Nach den zum Gegenstand des Verfahrens gemachten Erkenntnisquellen ergibt sich aber nicht, dass der Kläger bei einer Rückkehr nach Liberia zum jetzigen Zeitpunkt und in überschaubarer Zukunft als Angehöriger der Zivilbevölkerung einer erheblichen individuellen Gefahr für Leib und Leben im Rahmen eines bewaffneten Konflikts im Sinne von § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG (in der nach § 77 Abs. 1 AsylVfG heranzuziehenden Fassung des Gesetzes vom 19.8.2007 BGBl. I S. 1970) ausgesetzt wäre. Es ist weiter nicht feststellbar, dass er einer extremen Gefahrenlage ausgesetzt wäre, die einen Rückgriff auf § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG trotz einer fehlenden allgemeinen Regelung nach § 60 Abs. 7 Satz 3 AufenthG (in der Fassung des Gesetzes vom 19.8.2007 BGBl. I S. 1970) und § 60 a Abs. 1 AufenthG zulässt und voraussetzen würde, dass der Kläger alsbald und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Schaden an Leib, Leben oder Freiheit zu erleiden hätte (vgl. BVerwG Beschluss vom 26.1.1999 InfAuslR 1999, 265; Urteil vom 12.7.2001 InfAuslR 2002, 52).

Dies ergibt sich aus folgenden Entwicklungen:

Bis Sommer 2004 steigerte die UNMIL die Zahl ihrer im Land stationierten Soldaten auf über 15 000, die landesweit stationiert sind. Dies hat zu einer spürbaren Verbesserung der Sicherheitslage geführt. Die Friedensvereinbarung von 2003 wird, nachdem es zunächst noch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppen und zu Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung kam, etwa am 29. Oktober 2004 in Monrovia, denen die Übergangsregierung und UNMIL entgegentrat, eingehalten. Der Bürgerkrieg kann als beendet gelten. Seit Oktober 2004 unterstützte UNHCR die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen in die Bezirke, die vom zuständigen Nationalen Komitee für die Wiederansiedlung als sicher erklärt wurden, was bis Januar 2005 bei allen Bezirken in Bezug auf eine Rückkehr der Fall war. Bis 17. Juli 2005 kehrten 28 000 Flüchtlinge mit Hilfe von UNHCR und mehr als 100 000 spontan zurück (vgl. UNHCR, Stellungnahme zur Behandlung von Asylsuchenden vom 3.8.2005). Bis Dezember 2006 hatte UNHCR über 326 000 Personen Hilfe bei der Rückkehr gewährt (vgl. US-Außenministerium zur Praxis der Menschenrechte, Länderreport Liberia 2006

vom 6.3.2007). Das Programm für die freiwillige Rückkehr konnte am 30. Juni 2007 abgeschlossen werden (vgl. den Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat vom 8.8.2007 Az. S/2007/479, S. 12). Das Programm zur Demobilisierung, Demilitarisierung, Reintegration und Rückführung der Kämpfer der Bürgerkriegsparteien hat zur Entwaffnung von über 100 000 Kämpfern bis 2005 geführt. Seit den allgemeinen und fair verlaufenden Wahlen 2005 und der Amtseinführung der Präsidentin Ellen Sirleaf Johnson im Januar 2006 hat Liberia einen greifbaren Fortschritt beim Übergang von einem Zustand des Versagens zu einem demokratischen Staat gemacht (Stellungnahme von Human Rights Watch – HRW – „Liberia“ vom Januar 2007). Die Sicherheitslage ist im Allgemeinen ruhig und stabil (vgl. den Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat vom 15.3.2007 Az. S/2007/151, S. 3 und vom 8.8.2007 Az. S/2007/479 S. 2 und 4). Seit dem Ende des Bürgerkriegs hat sich das Umfeld für die Beachtung von Menschenrechten signifikant verbessert (Foreign & Commonwealth Office, country profile, Liberia, 29.10.2007). Die Regierung respektiert im Allgemeinen die Menschenrechte, wobei in einigen Bereichen Probleme bestehen. Es gibt Todesfälle bei Ausschreitungen aufgehetzter Menschenmengen und Polizisten bedrohten und belästigten Häftlinge und Privatpersonen. Ferner gab es gewaltsame Proteste von verärgerten Gruppierungen, gewaltsame Demonstrationen und Vorfälle wegen Landstreitigkeiten, sowie im Juli 2007 die Verhaftung und Anklage gegen einen früheren Sprecher des Übergangsparlaments und einen früheren Generalstabschef und Kommandeur der Antiterroristeneinheit wegen Verrats aufgrund von Plänen, die Regierung zu destabilisieren. Es gab aber keine Berichte über politische Gefangene oder Untersuchungshäftlinge (vgl. zu allem den oben genannten Länderreport des US Außenministeriums, Abschn. 1 lit. d ferner den Bericht des UN-Generalsekretärs vom 8.8.2007 Az. S/2007/479, S. 2). Die Menschenrechtsslage hat sich bis August 2007 weiter verbessert. Auch die Ethnie der Mandingo war nach dem Bürgerkrieg nicht Zielscheibe von Verfolgungshandlungen. Bei den Behörden ist der Wille zum Aufbau eines funktionierenden Polizei und Justizapparats vorhanden, wobei mit zahlreichen internationalen Partnern zusammengearbeitet wird. Es fehlt aber weiter an einer hinreichenden personellen und sachlichen Infrastruktur (vgl. den zum Gegenstand des Verfahrens gemachten Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 17.1.2007, US-Außenministerium a.a.O, S. 1, Bericht des UN-Generalsekretärs vom 8.8.2007 Az. S/2007/479, S 4 ff.). Der Prozess einer Festigung der staatlichen Autorität durch das ganze Land hindurch schreitet langsam voran, was auf den Mangel finanzieller Mittel, an Büroräumen, Wohnunterkünften und auf den Mangel passierbarer Straßen zurückzuführen ist. Die Entwicklung des Justizsystems ist geht nur langsam voran wegen Mangels an qualifiziertem Personal, fehlender Fähigkeit Fälle zu bearbeiten und der fehlenden Bereitschaft, Reformen durchzuführen. Weiter herrscht zunehmende Kriminalität, insbesondere bewaffneter Raub und Vergewaltigung, aufgrund der derzeitigen Schwäche der mehrere Tausend Personen umfassenden, weiter im Aufbau befindlichen zivilen Polizei, zumal im Hinblick auf deren nicht zufriedenstellenden Transport-, Kommunikations- und Versorgungsmöglichkeiten und wegen ihrer unzureichenden Stationierung außerhalb der Hauptstadt. Gegen die zunehmende Kriminalität wurde die Zahl der Sicherheitspatrouillen insbesondere in Gegenden mit hoher Kriminalität erhöht und Kontrollstellen für Fahrzeuge in Monrovia eingerichtet. Die Polizeistationen auf dem Land sind aber mit Hilfe internationaler Partner und der UNMIL im Aufbau begriffen. Ebenso wird eine 450 Mann umfassende Polizeiunterstützungseinheit trainiert und ausgerüstet und die Regierung hat in Anbetracht des geringen Umfangs der vorgesehenen Armee eine 500 Personen umfassende polizeiliche Schnelleingreiftruppe beschlossen. Allerdings arbeitet die Justiz, der es an geeignetem Personal

mangelt, nur unzureichend (vgl. Bericht des UN-Generalsekretärs vom 8.8.2007 Az. S/2007/479, S 3, 6 und 12, HRW a. a. O.). Im Raum Monrovia ist es aufgrund gemeinsamer Aktionen von UNMIL und liberianischer Polizei zu einem Rückgang der Kriminalität gekommen (Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat vom 15.3.2007 Az. S/2007/151, S. 3). Gegen die weit verbreitete Korruption hat die Regierung konkrete Maßnahmen wie die Entlassung zahlreicher hochrangiger Beamter und die Überprüfung aller Verträge mit der Regierung eingeleitet, es wurden Anklagen gegen hochrangige Politiker wegen Unterschlagung und Wirtschaftssabotage erhoben und Minister wegen der Art der Vergabe von Schürfrechten entlassen. Die Armee wird mit US-Hilfe wieder aufgebaut und umfasst derzeit etwa 2000 Personen, die auf etwaige früher begangene Menschenrechtsverletzungen überprüft wurden. Ab Februar 2006 begann die Truth and Reconciliation Commission mit der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Wirtschaftsverbrechen in der Zeit bis 2003 (HRW a. a. O., Bericht des UN-Generalsekretärs vom 8.8.2007 Az. S/2007/479, S 1 f.).

Die Lebensbedingungen haben sich in erster Linie in Monrovia verbessert. Im Landesinnern ist die humanitäre Situation weiter besonders angespannt, weil die Infrastruktur zerstört ist und es in Liberia keine öffentliche Strom- und Wasserversorgung gibt. Im Jahr 2005 beabsichtigte das in Liberia aktive World Food Programme (WFP), das in 12 von 15 Counties aktiv ist, 942 000 Personen in seine Unterstützung einzubeziehen (IRIN, Republic of Liberia, Country Profile, Update Februar 2007). In den zwei Jahren 2004 und 2005 hat es eine allmähliche Ausweitung humanitärer Hilfsaktionen in zugänglichen Gebieten des Landes gegeben. Inzwischen hilft das WFP Hunderttausenden von Liberianern, insbesondere zurückkehrenden Flüchtlingen, entwurzelten Personen, Unterernährten und HIV-Infizierten. Allein 400 000 Schüler in 1065 Schulen wurden seit 2003 erreicht. Mit der allmählich wiederkehrenden Stabilität des Landes kann das WFP seine Hilfen zunehmend von Notmaßnahmen auf Wiederherstellungsaktivitäten zur Wiederansiedlung und Reintegration umstellen (vgl. World Food Programme, Where we work, Liberia, unter www.wfp.org/country_brief/indexcountry). Das Gesundheitssystem ist weiter in hohem Maße abhängig von Hilfsorganisationen, die etwa Ende 2005 90 % der Gesundheitsversorgung stellten (vgl. den Bericht „Health Sector needs Assessment“ der WHO vom 30.11.2005). Im Zeitraum von September 2006 bis März 2007 hat sich die Zahl funktionierender Einrichtungen im Gesundheitswesen von 280 auf 389 erhöht. Die Mehrheit dieser Einrichtungen wird weiterhin von Hilfsorganisationen betrieben. Die Anstrengungen der Regierung für eine angemessene Versorgung im Gesundheitswesen sind weiterhin beschränkt durch die begrenzten Mittel und den Mangel an qualifiziertem Personal (vgl. den Bericht des UN-Generalsekretärs vom 15.3.2007 Az. S/2007/151, S. 13). Insgesamt hat sich aber die humanitäre Situation von März bis August 2007 weiter verbessert (Bericht des UN-Generalsekretärs vom 8.8.2007 Az. S/2007/479, S12).

Nachdem der Bürgerkrieg seit mehreren Jahren beendet ist, gibt es keine Kampfhandlungen und Übergriffe der verschiedenen Bürgerkriegsmilizen mehr, durch die die Bevölkerung gefährdet sein könnte. Daher wäre der Kläger im Fall einer Rückkehr als Angehöriger der Zivilbevölkerung keiner erheblichen individuellen Gefahr für Leib und Leben im Rahmen eines internationalen oder nationalen bewaffneten Konflikts ausgesetzt i.S.v. § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG. Zusammen mit freien Wahlen und dem Aufbau eines demokratischen politischen Systems hat die Befriedung des Landes auch wieder zur Präsenz zahlreicher internationaler Hilfsorganisationen geführt, die die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen sicherstellen, so dass eine extreme Gefahrenlage bei

einer Ausreise nach Liberia nicht mehr erkennbar ist, die, wie oben ausgeführt, voraussetzen würde, dass der Kläger alsbald und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Schaden an Leib, Leben oder Freiheit zu erleiden hätte.

Aus den Bestimmungen der EG-Richtlinie 83/2004 vom 29. April 2004 zum subsidiären Schutz (Art. 15) ergibt sich nichts anderes. Der hier allenfalls in Betracht kommende Art. 15 lit. c setzt für einen den subsidiären Schutzstatus begründenden „ernsthaften Schaden“ voraus „eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“. Mangels eines bewaffneten Konflikts kommt es aber nicht darauf an, ob § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG etwa durch die Umsetzung von „willkürlicher“ Gewalt in „generelle Gefahren“ und von „ernsthafte individuelle Bedrohung“ in „erhebliche individuelle Gefahr“ in Verbindung mit der Sperrwirkung des § 60 Abs. 7 Satz 3 AufenthG den Zugang auch zum subsidiären Schutzstatus sperrt (so Marx InfAusIR 2007, 413, 422 f.).

Wegen des Fehlens eines bewaffneten Konflikts kommt es auch nicht darauf an, ob allgemeine Gefahren wie einer (im vorliegenden Fall keine extreme Gefahrenlage darstellenden) unzureichenden Versorgungslage, auch wenn sie den einzelnen Ausländer konkret und in individualisierbarer Weise betreffen, einen ernsthaften Schaden im Sinne der Bestimmung darstellen (verneinend bei allgemeinen Gefahren, die nicht unmittelbar durch den bewaffneten Konflikt bzw. die hieran teilnehmenden Kombattanten hervorgerufen werden, wie etwa bei einem Zusammenbruch der allgemeinen Infrastruktur Funke-Kaiser InfAusIR 2008, 90, 94; verneinend wegen Erwägungsgrund 26 der Richtlinie vgl. HessVGH Urteil vom 9.11.2006 3 UE 3238/03.A <juris>; ferner BayVGH Urteil vom 12.2.2007 23 B 06.30402 <juris> für allgemeine Gefahren aufgrund willkürlicher Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts nach Art. 15 lit. c EGRL 83/2004; gegen eine solche Auslegung wegen eines Erwägungsgrundes Marx a. a. O. S. 423).

II.

Zwar hat die Beklagte das Vorliegen von sonstigen Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2, 3 und 5 AufenthG nicht geprüft. Gleichwohl ist der angegriffene Bescheid im Ergebnis nicht zu beanstanden, weil sich auch aus diesen Bestimmungen kein Abschiebungsverbot für den Kläger ergibt.

Bei den Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2, 3 und 5 AufenthG, handelt es sich, wie sich schon aus der bisherigen Rechtsprechung ergibt (BVerwG Urteil vom 20.2.2001 DVBl 2001, 1000, 1002), um einen einheitlichen, nicht weiter teilbaren Streitgegenstand, für den nur verschiedene rechtliche Anspruchsgrundlagen geregelt sind, die aber alle auf eine gleichartige Rechtsfolge gerichtet sind. Zu diesen Anspruchsgrundlagen für denselben unteilbaren Streitgegenstand zählt spätestens seit der Rechtsänderung durch das Gesetz vom 19. August 2007 (BGBl. I S. 1970) ab 28. August 2007 auch § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG, so dass bei einem Widerruf des Abschiebungsverbots, das auf diese Anspruchsgrundlage gestützt war, die anderen Anspruchsgrundlagen zu prüfen sind.

Die Gleichwertigkeit und damit die Zugehörigkeit zu einem einheitlichen Streitgegenstand ergibt sich aus der Einbeziehung des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG in die Sollregelung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG und daraus, dass im Gegensatz zu § 50 Abs. 3

Satz 2 AuslG jetzt § 59 Abs. 3 Satz 2 AufenthG ohne weitere Differenzierung vorsieht, in der Abschiebungsandrohung den Staat zu bezeichnen, in den nicht abgeschoben werden darf. Ferner wurde § 41 AsylVfG (nur gesetzliche Duldung von drei Monaten im Falle eines festgestellten Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG) ersatzlos ab 1. Januar 2005 aufgehoben und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheidet ab 28. August 2007 nicht mehr nur über „die Voraussetzungen“ des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG (mit anschließender Ermessensentscheidung der Ausländerbehörde), sondern über das Vorliegen eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 7 AufenthG insgesamt, d.h. auch darüber, ob eine Ausnahme von der Sollregelung des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG besteht (vgl. auch BVerwG Urteil vom 11.9.2007 10 C 8/07 <juris>). Die Rechtskraft der Klageabweisung vom 13. August 2003 zu § 53 Abs. 1, 2 und 4 AuslG steht schon deshalb nicht einer Prüfung nach § 60 Abs. 2, 3 und 5 AufenthG entgegen, weil die Rechtskraftwirkung bei nachträglicher Änderung der Rechtslage endet (BVerwG Urteil vom 18.9.2001 DVBl 2002, 343).

Für Ansprüche auf Feststellung eines Abschiebungsverbots auf der Grundlage von § 60 Abs. 2 bis 5 AufenthG ist aber aus folgenden Gründen nichts ersichtlich: Wie schon § 53 Abs. 4 AuslG, dem diese Bestimmung nachgebildet wurde, setzt ein Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 5 AufenthG (in Verbindung mit dem hier allenfalls in Betracht kommenden Art. 3 EMRK) nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu § 53 Abs. 4 AuslG eine von einem Staat oder einer staatsähnlichen Organisation ausgehende gezielte Maßnahme voraus (BVerwG, Urteil vom 2.9.1997 NVwZ 1999, 311; Urteil vom 15.4.1997 NVwZ 1997, 1127; Urteil vom 17.10.1995 NVwZ 1996, 476). Maßnahmen solcher Verfolger, die die in der europäischen Menschenrechtskonvention gewährten Rechte verletzen könnten, hat der Kläger nicht dargetan. Ferner gibt es bei Zugrundelegung der eigenen Angaben des Klägers keine Hinweise, dass er wegen einer Straftat gesucht würde wegen der ihm die Todesstrafe drohen könnte (§ 60 Abs. 3 AufenthG). Auch fehlen konkrete Hinweise für eine drohende Folter (§ 60 Abs. 2 AufenthG). Für eine konkrete Gefahr unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung des Klägers durch Maßnahmen nichtstaatlicher Akteure bei erwiesenermaßen fehlender Schutzwillingkeit oder Schutzfähigkeit des Staats, staatsähnlicher oder internationaler Organisationen, was nach § 60 Abs. 11 AufenthG wegen Art. 6 lit. c i. V. m. Art. 15 lit. b EGRL 83/2004 von § 60 Abs. 2 AufenthG erfasst wird (vgl. BVerwG Beschluss vom 18.12.2006 1 B 53/06 <juris> Rdn.11), fehlen hinreichende Anhaltspunkte. Seine Gründe für eine angebliche Ausreise aus Liberia bezog der Kläger ganz allgemein auf den damals herrschenden Bürgerkrieg, an dem der nach eigenen Worten keiner Partei angehörende Kläger nicht teilnahm sowie auf den Verlust von Haus und Familie. Hieraus ergibt sich bei Berücksichtigung der derzeitigen Situation in Liberia, das keine Gebiete mit der Herrschaft nichtstaatlicher Organisationen mehr aufweist, nichts für Maßnahmen dritter Personen gegen den Kläger und dafür, dass der liberianische Staat oder internationale Organisationen hierfür verantwortlich sein könnten.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 154 Abs. 1 VwGO, 83 b AsylVfG.

Beschluss

Der Gegenstandswert beträgt 1.500,00 EUR (§ 30 RVG).

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 80 AsylVfG).